

**nö3. Beratungsgegenstand:**

**Absturzsicherungen an Uferstellen - Baubeschluss**

**AZ:**

**6316**

**Berichterstatter:**

**Pius Hummler**

**I. SACHVERHALT:**

Zur Bewertung der Sicherheitsbelange im Bereich von Uferzugängen bzw. -wegen und dahingehend zur Klärung der Haftungsrisiken für die Stadt Lindau wurde seitens der GTL die Erstellung eines Gutachtens durch die SISSWA GmbH veranlasst. Dieses beschreibt die Ist-Situation an verschiedenen Uferbereichen aus neutraler gutachterlicher Sicht und formuliert Handlungsempfehlungen unterschiedlicher Tragweite zur Gewährleistung der Sicherheit für die Nutzer.

Auf Basis der Handlungsempfehlungen aus dem vorgenannten Gutachten der SISSWA GmbH vom 17.08.2021 wurden sodann von der Abteilung GT-Projekte verschiedene Sicherungsmaßnahmen erarbeitet und mit Kosten hinterlegt, welche von der Hinweis- bzw. Warnbeschilderung bis hin zu Absturzsicherungsmaßnahmen reichen.

Mit Beschluss des Werkausschusses GTL vom 23.03.2022 wurde die Umsetzung baulicher Absturzsicherungen abgelehnt.

Notwendige Beschilderungsmaßnahmen wurden jedoch vollumfänglich abgewickelt.

Vor dem Hintergrund der rechtlichen Situation im Hinblick auf die Haftungsrisiken für die Stadt Lindau (B) wurde eine erneute Prüfung durch die Stadtverwaltung vorgenommen.

Die in dem Gutachten der SISSWA GmbH vom 17.08.2021 dargelegten Handlungsfelder müssen durch gutachterlich anerkannte und bestätigte Maßnahmen abgearbeitet werden. Die GTL hat daher alternative Maßnahmen geprüft und diese dem Gutachter zur erneuten Begutachtung vorgelegt.



## II. FACHLICHE BEWERTUNG:

Auf Grundlage des vorgenannten Auftrages wurden von der Abteilung GT-Projekte für einzelne Standorte Maßnahmen erarbeitet, welche hinsichtlich des gestalterischen Eingriffs als auch aus finanzieller Hinsicht deutlich verträglicher gestaltet werden konnten.

Im Einzelnen werden nachfolgend verschiedene Standorte mit den dazugehörigen Maßnahmen und geschätzten Erstellungskosten beschrieben. Hierbei werden neben den rein sicherheitsrelevanten Fragestellungen auch weitere Verbesserungen etwa durch Baumpflanzungen etc. erläutert.

Sämtliche Maßnahmen wurden bereits gutachterlich in einer gesonderten Stellungnahme freigegeben (siehe Anlage). Die Nummerierung / Benennung der einzelnen Punkte nimmt Bezug auf die Gliederung des ursprünglichen Gutachtens.

### 3.4.2 Kaimauer ohne Geländer Horst-Stern-Weg

In diesem Bereich ist keine Absturzsicherung gegenüber dem Kiesufer bzw. eines Sockelvorsprungs vorhanden. Zudem geht der Weg bündig in die Maueroberkante über.

Zur Trennung der Wegeführung von der Absturzsituation werden die Herstellung eines Grünstreifens und eine geringfügige Verlegung des vorhandenen Weges vorgeschlagen.

Darüber hinaus soll durch die Pflanzung von 4 Bäumen eine kleinklimatische Verbesserung durch Schattierung erzielt werden.

Die Kosten einschließlich der Baumpflanzungen belaufen sich auf rund 20.000 € (brutto).

### 3.4.4/5 Wegeverlauf ohne Geländer und Slipanlage mit begehbaren Molenköpfen westlich Villa Leuchtenberg

In diesem Bereich ist keine Absturzsicherung gegenüber dem Kiesufer bzw. eines Sockelvorsprungs vorhanden. Zudem geht der Weg bündig in die Maueroberkante über.

Eine Trennung der Wegeführung von der Absturzsituation ist aufgrund der räumlichen Enge hier nicht möglich.

Daher wird die Herstellung eines einfachen Geländers aus Flachstahl / Rundrohr mit verzinkter Oberfläche analog zum Bestand am Hafenbecken vorgeschlagen.

Die Kosten für die Erstellung des Geländers belaufen sich auf rund 45.000 € (brutto).

### 3.4.6 Kaimauer ohne Handlauf am nördlichen Beginn Uferpark Wäsen

In diesem Bereich ist keine Absturzsicherung gegenüber dem Kiesufer bzw. eines Sockelvorsprungs vorhanden. Zudem geht der Weg bündig in die Maueroberkante über. Als weiterer Kritikpunkt wurden im ursprünglichen Gutachten Schäden in der Mauerkrone benannt.



Da genügend Platz vorhanden ist, wird die Schaffung eines ausreichend breiten Grünstreifens als Wiesenfläche und zum Teil auch als niedrige Bepflanzung vorgeschlagen. Der vorhandene Weg müsste hierfür um ca. 1,50 m von der Ufermauer weg verlegt werden. Die Kosten einschließlich der Wegeverlegung belaufen sich auf rund 35.000 € (brutto).

#### 3.8.1 Kaimauer mit Bastion ohne Handlauf am Aeschacher Ufer

In diesem Bereich ist keine Absturzsicherung gegenüber dem Kiesufer bzw. eines Sockelvorsprungs vorhanden. Zudem geht der Weg bündig in die Maueroberkante über. Eine Trennung der Wegeführung von der Absturzsituation ist aufgrund einzelner Engstellen nur bedingt möglich. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, den Weg ab der Bastion im Umfeld Kneippanlage bis zur Minigolfanlage abzurücken und mit einem Grünstreifen von der Absturzsituation zu trennen. Der Durchgang südlich der Minigolfanlage soll durch ausreichend dichte Pflanzungen unterbunden werden (im Zuge eines Nachnutzungskonzeptes der Minigolfanlage könnte ein neuer Weg dann nördlich Baumreihe angelegt werden). Die Bastionen sollen als Aussichtspunkte mit weitem Blick über den kleinen See hinüber zur Seebrücke und Insel hervorgehoben und mit ansprechenden Geländern aus farbbeschichtetem Flachstahl (analog Bereich Steganlagen Kleiner See) gesichert werden.

Die Kosten für die Geländer belaufen sich auf rund 30.000 € (brutto), die vegetationstechnischen Arbeiten sowie die Wegeverlegung belaufen sich auf rund 60.000 € (brutto). In der Summe betragen die Kosten für diesen Standort daher rund 90.000 € (brutto).

#### 3.9.1 Kaimauer mit Bastion ohne Handlauf am Giebelbach

In diesem Bereich ist keine Absturzsicherung gegenüber dem Kiesufer bzw. eines Sockelvorsprungs vorhanden. Zudem geht der Weg bündig in die Maueroberkante über. Eine Trennung der Wegeführung von der Absturzsituation ist möglich. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, den Weg ab der Bastion an der Nordwestecke bzw. im Übergang zum Geh- / Radweg Giebelbach von der Ufermauer abzurücken und mit einem Grünstreifen von der Absturzsituation zu trennen. Die Bastion soll als Aussichtspunkt mit Blick auf den See und die benachbarten Ufer hervorgehoben und mit einem ansprechenden Geländer aus farbbeschichtetem Flachstahl gesichert werden.

Die Kosten für die Geländer belaufen sich auf rund 10.000 € (brutto), die vegetationstechnischen Arbeiten sowie die Wegeverlegung belaufen sich auf rund 35.000 € (brutto). In der Summe betragen die Kosten für diesen Standort daher rund 45.000 € (brutto).



### Kosten und Finanzierung

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bedingen Erstellungskosten in Höhe von rund 235.000 € (brutto). Dies bedeutet eine Kostenreduzierung von ca. 25.000 € (brutto) gegenüber der ursprünglich vorgeschlagenen Absturzsicherung vom 23.03.2022.

In Summe besteht damit ein überplanmäßiger Finanzierungsbedarf in Höhe von 235.000 € (brutto). Durch eine Anpassung des Projektverlaufs beim Projekt „Mozacher Tobelbach“ (Teilprojekt Hochwasserfreilegung Ach) könnten von der Haushaltsstelle 69000.95200 „Hochwasserfreilegung Ach“ die erforderlichen Mittel übertragen werden.

### Zusammenfassung / Fazit

Die vorgeschlagenen Maßnahmen erfüllen die gutachterlichen Anforderungen wie in der ergänzenden Stellungnahme zur Sicherheit der Betriebsorganisation für Badestellen der SSISSWA vom 24.04.2023 ausgeführt. Alle Handlungsfelder, die im Ausgangsgutachten der SSISSWA vom 17.08.2021 aufgezeigt wurden, befinden sich damit in der Umsetzung. Aus Sicht der Garten- und Tiefbaubetriebe Lindau können hiermit zudem einzelne Ufersituationen gestalterisch und kleinklimatisch aufgewertet werden.

## **III. FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN**

	einmalig	laufend
Finanzielle Auswirkungen:	235.000 € (brutto)	
	Haushaltsstelle/	
Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag	69000.95200

## **IV. DISKUSSION:**

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s begrüßt Frau Claudia Halberkamp aus der Rechtsabteilung der Stadt Lindau. Sie wird im Werkausschuss bei rechtlichen Fragen unterstützen.

Es ist kein Sachvortrag nötig, aber die Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s schlägt vor die Bilder in der Präsentation noch einmal zu zeigen, damit die Mitglieder des Werkausschusses wissen, um welche Uferstellen es sich handelt.

Berichterstatter D i e t r i c h erklärt anhand der Präsentation, um welche Uferstellen es ist handelt und welche Maßnahmen geplant sind.



Roland Freiberg tritt der Sitzung um 17:07 Uhr bei.

Matthias Kaiser tritt die Sitzung um 17:08 Uhr bei.

Stefan Büchele tritt die Sitzung um 17:09 Uhr bei.

Stadträtin M a y e r befürchtet, dass die Menschen beim Gehen und Radfahren auf die Wiesenfläche ausweichen und dadurch der Rasen in Mitleidenschaft gezogen wird. Sie findet den Vorschlag nicht sinnvoll.

Außerdem irritiert Stadträtin M a y e r , dass der Verfasser des Gutachtens als Gutachter für den Bau und Betrieb von Schwimmbädern und Wellnessanlagen tätig ist.

Stadträtin M a y e r fragt Frau Halberkamp, wie weit die Stadt Lindau haften muss.

Stadtrat H o t z tritt der Sitzung um 17:13 Uhr bei.

Stadträtin M a y e r fragt Berichterstatter D i e t r i c h , ob es für den Winterdienst durch die Ufersicherung Probleme beim Räumen gibt.

Berichterstatter D i e t r i c h gibt die Frage an Berichterstatter B a u e r weiter.

Berichterstatter B a u e r antwortet, dass der Winterdienst dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Berichterstatter D i e t r i c h fügt hinzu, dass der Gehweg Aeschacher Ufer kein Radweg ist.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s verweist auf den Toskanapark, in dem der Grünstreifen bisher noch nicht in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s gibt die rechtliche Sichtweise der Ufersicherung an Frau H a l b e r k a m p weiter.

Laut Frau Halberkamp zeigt die Präsentation die Mindestanforderung, da versucht wird nur den geringsten Eingriff, der nötig ist, umzusetzen.

Wenn es entgegen des Gutachtens nicht gemacht wird und dann etwas passiert, dann können die Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s , die für die Thematik verantwortlichen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung/ GTL und auch die Stadträte haftbar gemacht werden. Alle Personen, die verantwortlich etwas machen müssten, es aber nicht getan haben, können ebenfalls haftbar gemacht werden.

Zwar ist in Bezug auf den anzulegenden Sorgfaltsmaßstab bei kommunalen Mandatsträgern zu berücksichtigen, dass sie ihr Amt nicht wie Berufsbeamte aufgrund von Eignung, Leistung und Befähigung, sondern durch Wahl erlangt haben. Daher hat die Verwaltung eine Beschlussvorlage vorbereitet, so wird dem Gemeindevertreter, der sich auf die Vorbereitung der Verwaltung verlässt und dann auf Grundlage einer fehlerhaften Vorlage der Verwaltung entscheidet, in der Regel keine grobe Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden können. Anderes gilt aber, wenn der Gemeindevertreter von der Vorlage der Verwaltung abweichen will. Fehlt ihm in der Frage die notwendige eigene Sachkenntnis, muss er den Rat oder die



Empfehlungen von (Sonstigen) Fachbehörden einholen, bzw. notfalls sogar außerhalb der Verwaltung stehende Sachverständige hinzuziehen.

Bei nicht-handeln oder einfach nur dagegen stimmen, handelt man zumindest grob fahrlässig, wenn nicht sogar vorsätzlich.

Bei Ablehnung durch das Gremium wird die die Rechtsabteilung OB dahingehend beraten, den Beschluss zu beanstanden und der Rechtsaufsicht zur Überprüfung vorzulegen, da anderenfalls Haftungsproblematiken drohen.

Stadträtin M a y e r weist darauf hin, dass es sich ja nur bei verschiedenen Abschnitten um Sperrung handelt. Es können ja auch Personen ins Wasser fallen, wo es keine Sperrung gibt.

Frau Halberkamp sagt, dass auch sie keine Gutachterin sei und daher nicht beurteilen könne, welche Stellen eine Gefahr darstellen und welche nicht. Aus diesem Grund wurde ja ein Gutachten beauftragt, da die Stadtverwaltung/ GTL hier nicht über die notwendige eigene Expertise verfügt.

Frau Halberkamp fügt hinzu, dass Herr Ständer, der Gutachter, mit der GTL die ganze Uferbereiche abgegangen ist und jede Stelle genau daraufhin untersucht hat, ob eine Sicherung notwendig ist. Wichtig war ihm, dass es keine Überregulierung gibt.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s antwortet auf die Bemerkung von Stadträtin M a y e r , dass es sich bei der Ufersicherung um die Wege handelt, die unmittelbar an der Uferkante entlang gehen. Man hätte ja noch viel mehr regulieren können. Es ist kein Maßstab zu sagen, die letzten 200 Jahre ging ja alles gut.

Stadtrat J ä g e r wundert sich, warum der Tagesordnungspunkt noch einmal behandelt wird, obwohl bereits beschlossen wurde. Außerdem möchte er wissen, wieviel die neue Prüfung gekostet hat.

Berichterstatter D i e t r i c h antwortet 750 Euro.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s erklärt, dass der TOP noch einmal vorgelegt wurde wegen der Rechtsaufsicht. Sie wollten ihn noch einmal mit dem Werkausschuss besprechen, anstatt sich direkt an die Rechtsaufsicht zu wenden.

Wenn sie weiß, dass den Stadträten diese Reihenfolge lieber ist, dann kann man das nächste Mal den direkten Weg zur Rechtsaufsicht gehen.

Die Stadträte bejahen die Aussage.

Werkleiter H u m m l e r ist auch kein Freund von Überregulierungen. Aber im Rahmen der Gartenschau kam noch einmal der Gutachter und hat auf die Gefahr hingewiesen. Die Pflicht der GTL ist es, Gefahren zu erkennen und einzugreifen. Werkleiter H u m m l e r kann daher nicht nachvollziehen, warum das Thema Absturzsicherung so stark diskutiert wird. Außerdem ist Werkleiter H u m m l e r in der Pflicht seine Mitarbeiter vor Haftungsansprüchen zu schützen.



Stadtrat N ü b e r l i n kann Argumente, die für eine Absturzsicherung sprechen durchaus nachvollziehen. Aber dem gegenüber stehen natürlich die Kosten, die dadurch entstehen.

Stadtrat B ü c h e l e befürchtet, durch die Maßnahmen in eine Absicherungsschraube zu kommen. Er weist darauf hin, dass Eltern einer Sorgfaltspflicht nachkommen müssen und erinnert an die Vernunft der Menschen.

Stadtrat M ü l l e r weiß, dass die Aussagen von Frau Halberkamp rechtlich sicherlich berechtigt sind. Aber durch die GTL ist der Werkausschuss im Zuge der Gartenschau jetzt in diese Situation gekommen.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s wirft ein, dass dies nicht stimme.

Stadtrat M ü l l e r führt weiter fort, dass der Gutachter nur für die Uferstufen bestellt wurde. Und dann hat sich der Auftrag plötzlich erweitert. Er wird dem Beschluss zustimmen, da die Gerichte immer strenger werden. Aber er ist stinksauer, dass die Kollegen von der GTL die Mitglieder des Werkausschuss in diese Situation gebracht haben.

Frau Halberkamp weist auf die Initiativepflicht hin. Hier hat auch die Rechtsabteilung in Anbetracht der aktuellen Rechtsprechung darauf hingewiesen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Die Stadt Lindau ist verpflichtet regelmäßig die Uferstellen zu kontrollieren.

Außerdem kam es in der Vergangenheit zu vereinzelt Unfällen.

Stadtrat M ü l l e r schlägt vor, erst einen Gutachter zu bestellen, wenn etwas passiert ist.

Ha: Wenn Gutachter noch sagt, dass da noch etwas ist etc.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s erklärt, dass dieses Thema von Absturzsicherungen von Uferstellen immer wieder Thema auf Kommunale Ebene, mit Juristen und Verwaltungen ist. Eine Kommune, die Uferstellen hat, kann sich diesem Thema nicht verschließen.

Stadtrat F r e i b e r g kann nachvollziehen, wenn sich die Stadt Lindau und die GTL mit dem Thema beschäftigt, aber das Einzäunen von Uferstellen kann er nicht nachvollziehen. Er nennt das Beispiel Starnberg, die mit Hinweisschildern ein Sicherheitskonzept erarbeitet haben und stellt die Frage, ob das nicht eine bessere Alternative wäre. Es ist gegen die Installation von Geländern, aber für das Aufstellen von Hinweisschildern. Abschließend fragt Stadtrat F r e i b e r g , ob Versicherungen sich an die Stadt Lindau gewandt haben, dass diese tätig werden muss.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s erklärt, dass sich Versicherungen auf die zivilrechtliche Haftung beziehen. Aber es gehe auch um die strafrechtliche Haftung. Sie fügt zu der Aussage von Stadtrat F r e i b e r g hinzu, dass das Aufstellen von Schildern die erste Idee war, die sie hatten.

Frau Halberkamp führt aus, dass bereits mit Piktogrammen in Lindau gearbeitet werde. Aber es gibt Plätze, wo nicht mit Piktogrammen gearbeitet werden kann, sondern wo nur



beispielsweise eine optische Trennung oder eine Absperrung die Gefahr reduzieren. Bei den Gutachten handelt es sich um die absoluten Mindestanforderungen.

Frau Halberkamp findet es nicht den idealen Weg, wenn hier der Rechtsaufsicht vorgelegt werden muss, dass sich die Stadträte und -innen über ein bestehendes Gutachten hinwegsetzen, ohne dieses durch eigene Expertise oder den Antrag auf Überprüfung des Gutachtens entkräftet zu haben.

Frau Halberkamp erklärt noch einmal, dass es immer auf die konkrete Örtlichkeit ankomme. Jede Gemeinde, die ein offenes Wasser hat, ist davon betroffen. Finanziell kommt man hier noch gut bei weg.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s versteht das Unbehagen der Stadträte, aber sie müssen sich auf die Expertise verlassen und dann abstimmen. Aber es geht nicht, dass sich Stadträte zu Fachpersonen entwickeln.

Stadtrat F r e i b e r g fragt nach, ob die Rechtsaufsicht das Gutachten auch noch einmal prüfen wird.

Frau Halberkamp antwortet, dass die Rechtsaufsicht sich das Gutachten anschaut und dann handelt.

Stadtrat F e h r e r bemerkt, dass die Stadträte keine andere Wahl haben, als dafür zu stimmen. Er ist nicht dafür, geht aber nicht das Risiko ein.

Stadtrat K a i s e r erzählt, dass er häufig in diesen Fällen ermittelt, Beispiel Spielplatz Motzacher Wald. Er sieht es ähnlich, wie Stadtrat F e h r e r. Er ist eigentlich dagegen, aber hat keine andere Wahl. Er fragt nach, ob die Rechtsaufsicht das „softe“ Gutachten so akzeptiert oder ob sie noch eins draufsetzen.

Frau Halberkamp geht davon aus, dass die Rechtsaufsicht wohl ebenfalls keinen Anlass sehen würde, die Plausibilität des Gutachtens in Zweifel zu ziehen.

Stadtrat S t r a u ß hat zwei Fragen. 1. Warum werden die Bahngleise nicht mehr abgesichert, da diese viel gefährlicher sind. Und 2. Warum wurde ein Geländer am Zecher Ufer verwehrt. Stadtrat S t r a u ß hatte einen Badezugang wie in Lochau angeregt.

Werkleiter H u m m l e r erklärt, dass das Zechufer als Badestelle zu werten ist.

Die Wasserwirtschaft hat es aus verschiedenen Gründen das Geländer abgebaut und wenn die GTL ein Geländer dort anbringt, hat sie ein Kontroll- und Unterhaltspflicht.

Stadtrat R e i c h stellt fest, dass trotz viel Diskussionen die Stadträte bei den Rechts- und Haftungsfragen Laien sind. Daher sollte man das Gutachten annehmen. Auch aus dem Grund sich nicht vor der Presse lächerlich zu machen. Er wird für den Beschluss stimmen, auch um die Mitarbeiter zu schützen.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s stellt fest das ein erneutes Gutachten dazu geführt hat, dass die Maßnahmen etwas schlanker geworden sind.



Stadtrat G e b h a r d ist fachlich überzeugt, aber wie verhält es sich mit dem Haushalt.

Werkleiter H u m m l e r antwortet, dass Mittel durch eine Verstärkung aus einer anderen Haushaltsstelle zur Verfügung stehen und den Haushalt 2023 nicht zusätzlich belasten würden.

Stadtrat N ü b e r l i n befürchtet, dass man sich in der Presse lächerlich macht.

Stadtrat F r e i b e r g hält es für wichtig, dass Alternativlosigkeit kommuniziert wird.

Oberbürgermeisterin D r. A l f o n s verspricht, dass die Pressestelle etwas vorbereiten wird.

## **V. BESCHLUSS:**

### **Beschluss 1:**

1. Der Werkausschuss beschließt die Umsetzung der zuvor beschriebenen Maßnahmen.
2. Der Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die für die kurzfristige Umsetzung erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 235.000 € (brutto) zur Absicherung der Uferwege überplanmäßig (Mittelübertragung von Haushaltsstelle 69000.95200) zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis: 7 : 6**